

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Telefon 030 227-77594

Telefax 030 227-76594

roderich.kiesewetter@bundestag.de

Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:

Wellandstraße 58

73434 Aalen

Telefon 07361 5249 201

Telefax 07361 5249 202

roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt 21/2010

Bürger bei Großprojekten stärker einbeziehen – Persönliche Notizen

Aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag zum Schlichterspruch zu Stuttgart 21

An diesem Dienstag stellte Dr. Heiner Geißler zum Ende der Schlichtung sein Votum für Stuttgart 21 vor. Darin spricht er sich für eine Fortführung des Projektes aus und schlägt eine Weiterentwicklung des Projektes zu "Stuttgart 21 Plus" vor. Dazu hat Geißler eine Reihe von Verbesserungs- und Änderungsvorschlägen gemacht. Die Bahn hat sich vor diesem Hintergrund zu einem "Stresstest" verpflichtet, bei dem die Leistungsfähigkeit des neuen Bahnhofs nachgewiesen werden soll.

Ministerpräsident Stefan Mappus dankte Geißler für seine Tätigkeit als Schlichter und sagte zu, die Vorschläge Geißlers "transparent" abzarbeiten. Mappus dankte aber auch ausdrücklich den Vertretern der Projektgegner. Diese haben hochqualifiziert, mit guten Argumenten ihre Positionen vorgetragen und damit zur Sachlichkeit des gesamten Verfahrens beigetragen. Sein Dank richtete sich ebenso an die Projektbefürworter. Abschließend bewertete Ministerpräsident Stefan Mappus das Schlichtungsergebnis mit den Worten: "Ein guter Tag für Baden-Württemberg."

In dieser Woche ging es auch im Deutschen Bundestag in einer von CDU/CSU und FDP beantragten Aktuelle Stunde um den am 29. November von Schlichter Heiner Geißler verkündeten "Schlichterspruch zum Bahnprojekt Stuttgart 21". Der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag und Generalsekretär der baden-württembergischen CDU Thomas Strobl, der die Aktuelle Stunde eröffnete, bezeichnete die Schlichtungsrunden als "Erfolg unserer Demokratie".

Dabei hob Strobl insbesondere Heiner Geißlers Leistung als Schlichter hervor. Dafür verdiene er "unseren Respekt und herzlichen Dank". In seiner Nachbetrachtung der Ereignisse mahnte er zur Nachdenklichkeit und Selbstkritik und regte an, aus den Ereignissen zu lernen und die Bürger in ähnliche Großprojekte künftig stärker einzubeziehen. Das Land habe nicht nur von der Person Geißler gelernt, sondern auch vom Prozess der Schlichtung selbst. "Einen Kommunikationsgau wie bei Stuttgart 21 darf es nie wieder geben", mahnte Strobl.

Die Vorschläge, die nun zur Nachbesserung von Stuttgart 21 auf dem Tisch lägen, müssten sorgfältig geprüft werden. Zukünftig müssten Planungsverfahren zudem unter

breiterer Bürgerbeteiligung unter dem Motto "Beteiligung und Beschleunigung" stattfinden, so Strobl weiter.

Gleichzeitig griff er SPD und Grüne für ihre Kritik am Schlichterspruch an. Es gehe nicht, dass diejenigen, die zuvor Geißler als Schlichter ins Gespräch gebracht hätten, nun an diesem herummäkelt. Die Grünen seien eben eine "Dagegen-Partei", sagte Strobl.

Der Stuttgarter CDU-Abgeordnete und Berichterstatter für das Projekt Stuttgart 21 im Verkehrsausschuss, Dr. Stefan Kaufmann, hob in seiner Rede den Anspruch der Union hervor, zunehmend komplexe Themen all-gemeinverständlich zu vermitteln und nachvollziehbar zu machen: „Neue Formen der Bürgerbeteiligung und Bürgerinformation sind in der Diskussion. Das Land Baden-Württemberg hat heute hierzu im Rahmen eines Sieben Punkte-Programms die Einrichtung einer Enquete-Kommission zur modernen Ausgestaltung der repräsentativen Demokratie angekündigt. Das ist ein guter Weg, wie ich meine.“ Abschließend richtete er sich an die SPD und mahnte: „Bekennen Sie Farbe und sagen Sie endlich, ob Sie für oder gegen Stuttgart 21 Plus sind!“

Als letzter Redner in der Debatte wandte sich der Ludwigsburger Abgeordnete und Verkehrspolitiker Steffen Bilger an die Grünen: „Auch ich bin den Grünen durchaus dankbar, dass sie Schlichtung und Schlichter ins Gespräch gebracht haben; das war eine gute Idee. Aber nach der notwendigen Versachlichung der Debatte ist es jetzt nötig, den Schlichterspruch anzuerkennen und umzusetzen. Lassen Sie uns diesen Prozess auch im Deutschen Bundestag konstruktiv begleiten.“

Zwischenbericht zur Elektromobilität

Um Elektromobilität in Deutschland voranzubringen und entscheidende Impulse für die beschleunigte Marktfähigkeit innovativer Elektrofahrzeuge zu geben, hat die Bundesregierung am 3. Mai 2010 in Berlin die Nationale Plattform Elektromobilität etabliert. In dieser Woche wurde der Bundesregierung der erste Zwischenbericht dieses Expertengremiums überreicht. Im Bericht stellen die

Arbeitsgruppen ihre bisher erarbeiteten Ergebnisse zu Themen wie Antriebs- und Batterietechnologie, Ladeinfrastruktur und Normung, Materialien und Recycling, aber auch Ausbildung und Qualifizierung sowie Rahmenbedingungen vor.

Die Plattform unterstreicht die Herausforderung und Chance der Elektromobilität für Wirtschaft und Arbeitsplätze in Deutschland. Zudem wird die Bedeutung für unser Energiekonzept herausgearbeitet: Ökostrom ist der Treibstoff von morgen. Wie die Koalition, so unterstreicht auch die Plattform die Verknüpfung der Elektromobilität mit erneuerbaren Energien. Elektroautos können eine wichtige Rolle für die dezentrale Speicherung der schwankenden Einspeisemengen bei einem wachsenden Anteil regenerativer Energien an der Stromerzeugung übernehmen.

Unterm Strich gilt: Wir wollen in Deutschland Leitanbieter für Elektromobilität werden und bis zum Jahr 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf deutschen Straßen haben. Mit der Nationalen Plattform Elektromobilität und der Umsetzung ihrer Handlungsempfehlungen werden wir dabei gut voran kommen.

Einsetzung einer Enquete-Kommission

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ eingesetzt. Dieses Gremium wurde beauftragt, insbesondere folgende Schwerpunkte zu untersuchen: Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft, Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikators, Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung, nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik, Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile.

Hintergrund: Enquete-Kommissionen bilden eine Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft. Hier arbeiten Abgeordnete und externe Sachverständige. Die Mitglieder der Enquete-Kommission werden im Einvernehmen mit den Bundestagsfraktionen benannt. Sie legen dem Bundestag Berichte und Emp-

fehlungen bis zum Ende der Wahlperiode vor. Die nun eingesetzte Kommission ist neben der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ bereits die zweite in dieser 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages.

Erste gesamtdeutsche Wahl

Vor 20 Jahren, am 2. Dezember 1990 wählten Ost- und Westdeutsche den ersten gesamtdeutschen Bundestag. An die "ganz normale und zugleich ganz besondere Wahl" erinnerte Bundestagspräsident Norbert Lammert an diesem Donnerstag zu Beginn der Plenarsitzung. „Ein gutes Jahr nach dem Fall der Mauer, zwei Monate nach dem Tag der vollzogenen Einheit konnten alle Deutschen erstmals wieder in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl ihr gemeinsames Parlament wählen“, sagte Lammert.

"58 Jahre haben wir Deutschen darauf warten müssen, denn die letzte freie Wahl in ganz Deutschland fand davor 1932 statt.“ Allerdings sei noch in zwei getrennten Wahlgebieten gewählt worden – im Wahlgebiet West mit rund 48 Millionen Wahlberechtigten und im Wahlgebiet Ost mit rund 12 Millionen Wahlberechtigten. "Neu war übrigens auch", so Lammert, "dass die West-Berliner ihre Abgeordneten zum ersten Mal direkt in den Bundestag wählen konnten; bis dahin wurden diese vom Berliner Abgeordnetenhaus in den Bundestag gesandt." Am 20. Dezember 1990 eröffnete der damalige Alterspräsident Willy Brandt die Sitzung im Berliner Reichstag.

Zitat

«Ich wünsche dem Stuttgarter Demokratie-Modell eine weite Verbreitung in Deutschland.» (Stuttgart-21-Schlichter Heiner Geißler am Dienstag in Stuttgart)

Persönliche Notizen

1. Im Wahlkreis hatte ich zwischen zwei Sitzungswochen nur ein kurzes Wochenende. Am letzten Freitag zeigte die CDU Ellwangen in einer hervorragend organisierten Hauptversammlung ihre Geschlossenheit und große Präsenz.

Am selben Abend gab es einen beeindruckenden Stabwechsel bei der Jungen Union im Ostablkreis, rund 150 junge Erwachsene vollzogen in Aufhausen den Führungswechsel von Christoph Mayer zu Tobias Bertenbreiter. Unsere JU ist eine starke Gemeinschaft.

2. Am Samstag unterstützte ich in Aalen eine soziale Aktion der örtlichen Konfirmanden, wir verkauften fair gehandelte Orangen für einen guten Zweck (<http://bit.ly/i8Wwss>). Dann ging es zu einer strammen Wanderung von Herbrechtingen durch das Eselsburger Tal – ein klasse Bürgergespräch mit vielen Fragen schloss sich an.

Abends nahm ich mit meiner Frau am Jubiläum 90 Jahre Musikverein Neuler teil, gemeinsam mit dem Musikverein Dewangen wurde ein buntes, anregendes und entspannendes Musikprogramm geboten, das war richtig schön (<http://bit.ly/exCF04>).

3. ATALANTA, die EU-Mission am Horn von Afrika, und die Evaluierung des deutschen Afghanistaneinsatzes waren die Themen meiner 11. und 12. Rede im Deutschen Bundestag. Nachlesen können Sie die Beiträge unter <http://bit.ly/hiEHjP> bzw. unter <http://bit.ly/c1m47W> eine Aufzeichnung der Rede ansehen.

4. Am Montag hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Kongress zur Zivilmilitärische Zusammenarbeit veranstaltet. Die veränderte Sicherheitslage am Beginn des 21. Jahrhunderts bringt für alle deutschen Organisationen, die in Krisengebieten aktiv sind, neue Herausforderungen mit sich. Durch die Komplexität von Aufgaben wie dem Staatsaufbau in Afghanistan steigt die Notwendigkeit einer engeren Vernetzung und Zusammenarbeit von Experten aus den verschiedensten Bereichen einschließlich sozialer Sicherheit. Entwicklungshelfer, Diplomaten, Bundeswehrsoldaten und Polizisten müssen ihre Anstrengungen bündeln, um gemeinsame Ziele zu erreichen.

Für mich als Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit ist es ein äußerst

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

gutes Zeichen, dass man diesem wichtigen Themenfeld auch seitens der Bundesregierung soviel Bedeutung beimisst. Wir brauchen einen „Masterplan“ zur Bewältigung künftiger Krisen.

5. Hinter uns liegt eine Woche mit besonders vielen namentlichen Abstimmungen. Die Gesetzesänderungen zum Thema Hartz IV barge besonders viel Diskussionsstoff, aber letztlich hat sich die Regierung mit sinnvollen Plänen zur Sicherung der kulturellen Teilhabe sozial benachteiligter Kinder durchsetzen.

Die Zustimmung hinsichtlich der Hilfe für Irland hat mit einige Bauchschmerzen verursacht, ist aber durch das Gesamtpaket vom Mai abgedeckt. Ich hoffe, wir werden irgendwann auch eine Ende der notwendigen finanziellen Unterstützung für unsere europäischen Nachbarn erleben, ich möchte nicht ein Fass ohne Boden gefüttert haben. Jedenfalls bin ich dankbar, dass die Bundesregierung zumindest in Deutschland mit ihrem rigiden und nicht immer komfortablen Sparkurs Deutschland vor weiteren Schuldenbergen bewahrt und andere Staaten kraftvoll dazu anhält.

Herzliche Grüße und einen besinnlichen 2. Advent

Ihr und Euer Roderich Kieseewetter